

Fragen

für die Fragestunde der 233. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Mai 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 21
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	13, 14	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	5
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 35
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	11	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	9, 10
Höger, Inge (DIE LINKE.)	37	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	12	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 38
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	33, 36	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 39
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 34	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	17, 30
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 20	Wilms, Valerie, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	1, 23
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 40	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	18, 19
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass ein für die Steuerung der BGE mbH zuständiger Abteilungsleiter in der Zentralabteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Organigramme/organigramm_bf.pdf) gleichzeitig Geschäftsführer der als Betreiber für Endlager zuständigen BGE mbH (<https://www.bge.de/de/bge/geschaeftsfuehrung/> und www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/heinen-esser-seeba-und-lennartz-sind-geschaeftsfuehrer-der-bge-687641419) und außerdem noch für das BMUB Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ ist (www.energate-messenger.de/news/173416/kuratorium-des-fonds-zur-atomaren-entsorgung-steht), und wann beabsichtigt die Bundesregierung diese Verbindung zu beenden?

2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung und insbesondere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gegenüber dem neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron kurzfristig für eine möglichst schnelle Abschaltung der grenznahen französischen Atomkraftwerke Cattenom und Fessenheim einsetzen?

3. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung mit Verweis auf Artikel 3 Absatz 7 der Espoo-Konvention und die UVP-Richtlinie (2011/92/EU) um eine Beteiligung bei den grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen bezüglich der Laufzeitverlängerungen der ukrainischen Atomkraftwerke (AKW) Südukraine und Saporischschja bemühen, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Stand bei der nachzuholenden Umweltverträglichkeitsprüfung beim AKW-Neubauprojekt Hinkley Point C?

4. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Beobachtungen der Bundesbank, die aufzeigen, dass in 127 Städten die Wohnimmobilienpreise seit 2010 um 50 Prozent und in sieben deutschen Städten sogar um mehr als 60 Prozent angestiegen sind (http://m.tagesspiegel.de/wirtschaft/immobilien-in-deutschland-bundesbank-warnt-vor-gefaehrlicher-immobilienblase/19759824.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F)?

5. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)

Mit welcher Begründung setzt das dem BMUB unterstellte Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine umfassende Ökobilanz in seinen Empfehlungen für Büro- und Verwaltungsneubauten nach mir vorliegenden Informationen nicht mehr um und verzichtet auf die Beachtung des Moduls D (Recycling und Verwertung der Baustoffe), das laut europäischer Norm DIN EN 15978 zur Ökobilanz eines Gebäudes gehört?

6. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Klimabilanz des in Deutschland geförderten Erdgases im Vergleich zu dem in den Niederlanden, Norwegen und Russland geförderten Erdgas, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Treibhausgasemissionen zu verringern, vor dem Hintergrund, dass eine Studie der DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH bei dem in Deutschland produzierten Erdgas deutlich höhere Emissionen feststellt als bei dem in Norwegen und den Niederlanden produzierten (vgl. Tabelle 18 bzw. Anlage 19 ff.: https://www.zukunft-erdgas.info/fileadmin/public/PDF/Politischer_Rahmen/dbi-bericht-kritische-ueberpruefung-treibhausgasvorkette-erdgas.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es, wie der senegalesischen Presse zu entnehmen war, ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und der senegalesischen Regierung, in dem sich die Bundesregierung bereiterklärt, dem Senegal 1,8 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen, wenn der Senegal im Gegenzug die Rückführung senegalesischer Staatsbürger aus Deutschland akzeptiert (www.rewmi.com/accusations-de-thiat-contre-letat-y-a-deal-entre-macky-sall-merkel.html), und in welchen anderen Fällen setzt die Bundesregierung deutsche ODA-Mittel (ODA – Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) als Gegenleistung für die Rückführung ausländischer Staatsbürger ein?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde das UN-Mandat MINURSO für die Westsahara nach Auffassung der Bundesregierung erneut ohne die von u. a. Amnesty International geforderte und nach Auffassung von Menschenrechtsbeobachtern vor Ort notwendige Menschenrechtskomponente verlängert (vgl. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/04/un-peacekeeping-force-in-western-sahara-and-refugee-camps-must-urgently-monitor-human-rights/> und <https://www.opendemocracy.net/arab-awakening/oppression-is-brutal-morocco-breaks-up-western-sahara-protest-ahead-of-un-talks/>)?
9. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern stellt die Promotion des neu erschienenen Buches vom Bundesminister des Auswärtigen, Sigmar Gabriel, eine Aufgabe des Auswärtigen Amts dar (vgl. Tweet des offiziellen Accounts des Auswärtigen Amts am 8. Mai 2017: „Jetzt live: AM @sigmargabriel stellt sein Buch „Neuvermessungen“ vor“), und werden Erlöse dieses Buches dem Bund zugutekommen?

10. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern versucht die Bundesregierung auch im Jahr 2017 durch eigene Untersuchungen oder von der Regierung der Vereinigten Staaten in dem fortgeführten Dialog über US-Drohnenangriffe über die US-Basis Ramstein eine „abschließende Antwort“ auf den Fragenkatalog, dessen Beantwortung seit April 2014 aussteht, zu erhalten vor dem Hintergrund, dass erst zweieinhalb Jahre später, im August 2016, dem politischen Direktor des Auswärtigen Amts mitgeteilt wurde, dass Steuerungssignale von US-Drohneneinsätzen über Ramstein laufen würden, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der deutlich gestiegenen Zahl von US-Drohnenangriffen in Syrien, dem Irak und dem Jemen angesichts dessen, dass US-Präsident Donald Trump die Drohnenangriffe nun nicht mehr vom Militär, sondern von mit neuen Befugnissen ausgestatteten und verdeckt arbeitenden CIA durchführen lassen will (www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/donald-trump-gibt-cia-neue-befugnisse-fuer-drohnenangriffe-14924411.html)?
11. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung den demokratisch gewählten Präsidenten Nicolas Maduro als legitimen Präsidenten Venezuelas an, und welche diplomatischen Bemühungen unternimmt die Bundesregierung aufgrund der bereits seit Jahren bestehenden guten Kontakte zur Opposition in Venezuela für einen nationalen Dialog und ein Ende der Gewalt von Teilen der Opposition wie „Vente Venezuela“ oder „Primero Justicia“ gegen öffentliche Krankenhäuser und Schulen, Verwaltungsgebäude und Militärcasernen, Personen des öffentlichen Lebens und Mitgliedern der Sicherheitskräfte, um politische Ziele durchzusetzen (www.telesurtv.net/english/news/Right-Wings-Poop-Bombs-are-Biological-Weapons-a-Health-Hazard-Venezuelan-Official-20170511-0008.html)?
12. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Darstellung der Ergebnisse des informellen Treffens der EU-Außenminister am 28. April 2017 in Valletta, derzufolge die EU das Ergebnis des umstrittenen Verfassungsreferendums in der Türkei „anerkennt“ (tagesspiegel.de, 29. April 2017, „EU erkennt Türkei-Referendum an“), und welche Legitimität misst die Bundesregierung der äußerst knappen Mehrheitsentscheidung der türkischen Bevölkerung für den Umbau des Landes zu einem Präsidialsystem bei angesichts der umfassenden Vorwürfe, das Referen-

dum habe weder unter fairen Bedingungen stattgefunden noch internationalen Standards entsprochen (Erklärung der Wahlbeobachtungsdelegationen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – OSZE –, des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte – ODIHR – und der Versammlung des Europarates – PACE –)?

13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung vor dem Hintergrund des Verfassungsreferendums in der Türkei und der positiven Asylentscheidungen bezogen auf in Deutschland ehemals stationierte türkische NATO-Soldaten, aber auch nach Griechenland geflohene türkische Soldaten eine Überprüfung der NATO-Mitgliedschaft der Türkei notwendig, um zu klären, ob die Türkei außerhalb der NATO-Charta steht und entsprechend nicht mehr dieselbe Rolle in der NATO spielen kann (dpa vom 20. April 2017), und inwieweit wird die Bundesregierung gegenüber der Türkei darauf drängen, dass bei der Umsetzung der angestrebten Verfassungsänderungen die Türkei die Empfehlungen der Venedig-Kommission und der OSZE berücksichtigen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

14. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Asylanträge türkischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Diplomatenträgen und Dienstpassinhabern erst nach dem Verfassungsreferendum Mitte April 2017 entschieden werden sollten (www.sueddeutsche.de/politik/erste-antraege-bewilligt-asyl-fuer-tuerkische-soldaten-1.3496169), und inwieweit sieht die Bundesregierung im Zuge des Verfassungsreferendums eine Verschlechterung der rechtsstaatlichen Situation in der Türkei, in deren Folge der Verfolgungsdruck auf vermeintliche Gülen-Anhängerinnen und -Anhänger zugenommen hat, so dass türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit ehemals staatlicher Funktion in Deutschland Asyl erhalten?

15. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Umsetzung der Richtlinie 2013/33/EU, die seit dem 20. Juli 2015 in nationales Recht umgesetzt werden sollte, ergriffen, um den Schutz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und intersexuellen Flüchtlingen vor gewalttätigen Übergriffen in den Flüchtlingsunterkünften zu gewährleisten, und welche Konsequenzen zieht sie aus Berichten über Gewalt gegen LGBT-Flüchtlinge (vergleiche www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/05/Homosexuelle-Fluechtlinge-Brandenburg-fuehlen-sich-allein-gelassen.html)?
16. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, den Erlass der Bundesregierung über die Beflaggung der Dienstgebäude des Bundes vom 22. März 2005 dahingehend zu ändern, bzw. der Bundesminister des Innern, eine Erlaubnis nach Erlass der Bundesregierung über die Beflaggung der Dienstgebäude des Bundes vom 22. März 2005 Abschnitt IV Absatz 4 zu erteilen, dass anlässlich des Christopher-Street-Days und des Internationalen Tages gegen Homo- und Transphobie eine Regenbogenflagge als Zeichen der gegen Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen von Bundesministerien und Bundesbehörden aufgehängt werden kann, und falls nein, warum nicht?
17. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung zur Bundestagswahl 2017 auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen und die bestehenden kommunikativen Barrieren abzubauen?
18. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele der Verstorbenen in Deutschland hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2006 bis 2016 jeweils zum Zeitpunkt ihres Ablebens noch nicht das 65. Lebensjahr erreicht, und wie hoch war ihr Anteil an der Gesamtzahl der Verstorbenen des jeweiligen Jahres?

19. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele der Verstorbenen in Deutschland hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2006 bis 2016 jeweils zum Zeitpunkt ihres Ablebens noch nicht das 60. Lebensjahr erreicht, und wie hoch war ihr Anteil an der Gesamtzahl der Verstorbenen des jeweiligen Jahres?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

20. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Bundesanwaltschaft mit der UN-Arbeitsgruppe, die im Dezember 2016 von der UN-Vollversammlung zu dem Zweck ins Leben gerufen wurde, einzelne Mitgliedstaaten bei der Verfolgung von Völkerstrafverbrechen bei der Sachverhaltsermittlung und Beweissicherung zu unterstützen (vgl. <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=55862#.WQyDg0byjs0>)?
21. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung den vom Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, angekündigten Gesetzentwurf zur Überarbeitung des Mietrechts inklusive der Verbesserungen an der sogenannten Mietpreisbremse (<https://www.tagesschau.de/inland/mietpreisbremse-149.html>) in den Deutschen Bundestag einbringen?
22. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass die durch die Vorratsdatenspeicherung erhobenen Daten nunmehr auch zur Strafverfolgung bei nicht bandenmäßig begangenen Wohnungseinbruchdiebstählen genutzt werden sollen, wenn Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) in seiner Rede zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung noch sagte, die Vorratsdatenspeicherung sei „bei schwersten Straftaten ein zusätzliches Instrument“, um „Straftaten wie Mord und Totschlag sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung besser [aufzuklären]“ (vgl. Plenarprotokoll 18/131), und warum hält die Bundesregierung diesen Grundrechts-

eingriff für verhältnismäßig im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 2010 – 1 BvR 256/08?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

23. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung – auch mit Blick auf die Modernisierung des US-Atomwaffenprogramms unter dem neuen Präsidenten Donald Trump – die in einem Bericht des US-Departments of Energy von Oktober 2014 mit dem Titel „Interagency Review Needed to Update U.S. Position on Enriched Uranium That Can Be Used for Tritium Production“ (siehe hier: <https://www.gao.gov/assets/670/666505.pdf>, S. 30) genannte rechtliche Positionierung der URENCO im Jahr 2005 („Legal Memorandum“), die mit dem Einverständnis des Joint Committees, des Kontrollorgans über die URENCO, unter Beteiligung auch der Bundesrepublik Deutschland, erfolgt sein soll, dass Lieferungen von angereichertem Uran für den AKW-Betreiber „Tennessee Valley Authority“ (TVA) in den USA selbst dann möglich sind, wenn in einem der TVA-Reaktoren (Watts Bar 1) aus diesem angereicherten Uran auch Tritium als sogenanntes „by-product“ zur Verwendung in US-Atomwaffen hergestellt wird, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob die URENCO angereichertes Uran für Atomanlagen in andere Staaten geliefert hat, die daraus Tritium für militärische Zwecke erzeugt haben bzw. erzeugen?
24. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse seitens der Bundesnetzagentur vor, dass es von Ende Januar bis zum Februar dieses Jahres in der Regelzone der TransnetBW GmbH an mehreren Tagen die Statusmeldung „orange“ gegeben hatte, um die Kohlevorräte bei Kraftwerken in der Regelzone der TransnetBW GmbH zu schonen, da bedingt zum einen durch niedrige Pegelstände des Rheins und die Eislage am Neckar die Kohlever-sorgung der dortigen Anlagen per Schiff zum Erliegen gekommen war und zum anderen die niedrigen Temperaturen zusätzlich die Belieferung der Kraftwerke mit der Bahn erschwerten, und falls

ja, wo sind die Kurzberichte der Bundesnetzagentur zur Systemsicherheit einsehbar, die sich mit den Problemen in diesem Zeitraum beschäftigen?

25. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Rechtsauffassung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Frage, ab wann die zwei-monatige Klagefrist für Nichtigkeitsklagen gemäß Artikel 263 Absatz 6 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) gegen Fusionsentscheidungen der EU-Kommission abzulaufen beginnt, und ergibt sich aus ihrer Antwort vom 9. Mai 2017 auf die Schriftlichen Fragen der Abgeordneten Katharina Dröge auf Bundestagsdrucksache 18/12322, dass die Klagefrist für die Ende März und Anfang April 2017 genehmigten Fusionsverfahren von Dow/DuPont und Syngenta/ChemChina derzeit noch nicht läuft?

26. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern wurden nach dem bisherigen Kenntnisstand der Bundesregierung im Fusionsverfahren von Dow/DuPont und Syngenta/ChemChina Umweltschutzziele bzw. andere außerökonomische Ziele berücksichtigt?

27. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Prüft die Bundesregierung die Möglichkeit, innerhalb der gegebenen Frist vor dem Europäischen Gerichtshof eine Überprüfung der bereits genehmigten Fusionen von Dow/DuPont und Syngenta/ChemChina zu erwirken, sollten Umweltschutzziele im Rahmen der Fusionsprüfung durch die Europäische Kommission nicht berücksichtigt worden sein, und wenn nein, warum nicht?

28. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung, insbesondere dem Bundeskartellamt oder der Abteilung für Fusionskontrolle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die Beschlüsse des Fusionskontrollverfahrens zu Syngenta/ChemChina bzw. Dow/DuPont als vertrauliches Dokument vor, und wenn ja, welche Umweltschutzziele bzw. anderen außerökonomischen Ziele wurden in der der Bundesregierung vorliegenden Fassung berücksichtigt?

29. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rechtsauffassung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Frage, ab wann die zwei-monatige Klagefrist für Nichtigkeitsklagen gemäß Artikel 263 Absatz 6 AEUV gegen Fusionsentscheidungen der Europäischen Kommission abzulaufen beginnt, und ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung vom 9. Mai 2017 auf meine Schriftlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 18/12322, dass die Klagefrist für die Ende März und Anfang April 2017 genehmigten Fusionsverfahren von Dow/DuPont und Syngenta/ChemChina derzeit noch nicht läuft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

30. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung trotz der Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre, die Altersgrenze gemäß § 90 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) (ab dem 1. Januar 2018 § 173 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a SGB IX) von 58 Jahren, die den Kündigungsschutz von anerkannt schwerbehinderten Menschen einschränkt, nicht erhöht?
31. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Sorge des UN-Vertragsausschusses über die fehlende dauerhafte staatliche Finanzierung für den Gewaltschutz behinderter Frauen (vgl. Abschließende Bemerkungen des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands), und welche Ergebnisse haben bisherige Bund-Länder-Gespräche zur Gewaltschutzstrategie gebracht?

32. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung die Unabhängigkeit der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung nach § 32 SGB IX (neu) sicherstellen, und wie beurteilt sie die Eignung von Organisationen, die auch Dienste oder Einrichtungen der Behindertenhilfe betreiben, als Betreiber von Beratungsstellen?
33. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie begründet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanzielle Rückforderungen durch die Jobcenter im Zusammenhang mit der Aufnahme syrischer Flüchtlinge nach Verpflichtungserklärungen in oft fünfstelliger Höhe in Bezug auf Zeiten nach einer Flüchtlingsanerkennung insbesondere auch in den Bundesländern, in denen die Innenministerien oder Behörden Bürgenden erklärt hatten, dass die Bürgerschaftsverpflichtung spätestens mit einer Flüchtlingsanerkennung enden würde (vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/hessen-fluechtlingspaten-muessen-weiter-zahlen-a-1143032.html und Bundestagsdrucksache 18/5799), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden (vgl. Urteil vom 9. Dezember 2016, 4 K 545/16.WI), wonach ein Anfechtungsgrund nach § 119 Absatz 1 Alternative 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) vorliegen und eine Verpflichtungserklärung entsprechend rückwirkend nichtig sein kann, wenn Betroffene aufgrund der unklaren Rechtslage und/oder aufgrund von Auskünften von Landesministerien, Behörden oder Dritten davon ausgehen konnten, dass die Verpflichtungserklärung im Fall einer Flüchtlingsanerkennung enden würde und sie andernfalls die Erklärung nicht abgegeben hätten (bitte ausführlich begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

34. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der aktuellen Fusionen im agrochemischen Sektor (Bayer/Monsanto, ChemChina/Syngenta, DuPont/Dow) mit Blick auf die Welternährung, wenn der Bundesregierung „keine Auswertungen oder darüber vor[liegen], ob und gegebenenfalls welche wirtschaftlichen Auswirkungen die geplante Fusion von Bayer und Monsanto auf die Situation

im Saatgutbereich haben könnte“ (Antwort der Bundesregierung vom 9. Mai 2017 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/12322), und welche Gegenmaßnahmen will die Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene ergreifen, um der zunehmenden Marktkonzentration im Saatgut- und Agrarchemiemarkt zu begegnen, damit das Menschenrecht auf Nahrung verwirklicht werden kann?

35. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung die zunehmende Marktkonzentration im Agrarchemiesektor durch die Fusionen von Dow/DuPont, Syngenta/ChemChina und Bayer/Monsanto auf die Artenvielfalt und die Ernährungssouveränität auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

36. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele ehemalige Bundeswehrangehörige wurden im Zuge von Verdachtsprüfungen von als „Gefährder“ sowie als „Relevante Personen“ eingestuft Personen seit 2002 durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) identifiziert (bitte nach Soldaten und Zivilangestellten sowie Zugehörigkeit zu jeweils unterschiedlichen Phänomenbereichen der politisch motivierten Kriminalität aufschlüsseln; auf den Kontext der Antwort auf die Kleine Anfrage „Problematik des Gefährder-Begriffs“ auf Bundestagsdrucksache 18/12196 wird verwiesen)?

37. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung die Benennung von Bundeswehrkasernen nach Wehrmatsangehörigen wie etwa nach dem Jagdflieger Hans-Joachim Marseille (Kaserne in Appen, Schleswig-Holstein) oder Generalfeldmarschall Erwin Rommel (Kaserne in Augustdorf, Nordrhein-Westfalen) als integralen Bestandteil des von Dr. Thomas de Maizière in seinen Thesen zur Leitkultur beschriebenen „gemeinsamen kollektiven Gedächtnisses“ und Ausdruck eines „aufgeklärten Patriotismus“, oder sieht die Bundesregierung auch angesichts der jüngst bekannt gewordenen militanten rechten Strukturen in der Bundeswehr die Notwendigkeit zu einer klaren Abgrenzung von Wehrmachtstraditionen

sowie wehrmachtsbezogenem „Brauchtum“ in der Bundeswehr (z. B. durch Bestattungen von ehemaligen Wehrmachtssoldaten mit militärischen Ehren)?

38. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat der MAD den Soldaten Franco A., der bereits ab dem 24. Februar 2016 sicherheitsempfindliche Tätigkeit versah, bis 2017 ohne Abschluss sicherheitsüberprüft, bevor das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) dies nun als unnötig bezeichnete (stern.de, 11. Mai 2017), und auf welchen Wegen genau erfuhr der MAD bereits umgehend davon, dass der österreichische Verfassungsschutz am 3. Februar 2017 am Wiener Flughafen Franco A. zu dessen Schusswaffe, Identität und erkannter rechter Gesinnung befragt hatte (SPIEGEL ONLINE, 27. April 2017, <http://bit.ly/2qZ8DjP>), doch verzögerte u. U. wochenlang die sogleich gebotene Meldung an deutsche Strafverfolger, die militärische Führung, BMVg-Spitze sowie die zuständigen Parlamentarier als „wichtiges Ereignis“, welche nämlich erst am 17. Februar 2017 zu ermitteln beginnen konnten (SPIEGEL ONLINE, 27. April 2017, <http://bit.ly/2oDa2w9>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

39. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den bisherigen Untersuchungen zu auffälligen Häufungen von Krebsfällen im Landkreis Rotenburg (vgl. <https://www.kreiszeitung.de/lokales/rotenburg/rotenburg-ort120515/reaktion-krebsstudie-bothel-aerzte-8292089.html>) in Bezug auf die Vorgaben zum Schutz von Umwelt und Gesundheit in der Erdgasförderung, und wie will sie die Landesregierung von Niedersachsen und anderen betroffenen Bundesländern bei der Aufklärung der Fälle und der Sanierung alter Bohrschlammgruben unterstützen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

40. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Größe von AdBlue-Tanks deutscher PKW-Modelle im Durchschnitt seit April 2010 entwickelt, und ist der Bundesregierung eine Vereinbarung deutscher Automobilhersteller bekannt, wonach der Einbau kleinerer AdBlue-Tanks vereinbart wurde (bitte begründen)?
41. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Medienberichte (vgl. www.spiegel.de/auto/aktuell/alexander-dobrindt-nachruetaktion-fuer-dieselautos-um-fahrverbote-zu-verhindern-a-1146298.html vom 5. Mai 2017) bestätigen, nach dem das Bundesverkehrsministerium eine Umrüstaktion für Dieselautos mit Euro-5-Norm plant, und welche Umrüstmaßnahmen sind hierbei auch hinsichtlich der Finanzierung in der Prüfung?
42. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position hat die Bundesregierung nunmehr zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Verordnung über die Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen entwickelt, mit der die Europäische Kommission Kompetenzen für eigene Fahrzeugkontrollen und Sanktionen erhalten soll (vgl. auch die Fragen 10, 11, 24 und 25 auf Bundestagsdrucksache 18/11587), und mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung das Ziel, in der Sitzung des Wettbewerbsrates am 29. Mai 2017 einen einvernehmlichen Beschluss über den Verordnungsvorschlag zu erreichen?
43. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur am 10. Mai 2017 bei der Toll Collect GmbH erfolgten Durchsuchung durch zwei Staatsanwälte und 15 Beamte des Landeskriminalamtes Berlin, da der Bund bei der Abrechnung der Kosten zur Ausweitung der LKW-Maut auf 1 100 Kilometer Bundesstraßen um bis zu 3 Millionen Euro jährlich betrogen worden sein soll (siehe: Im Toll-Haus, Berliner Zeitung vom 11. Mai 2017), und inwiefern wird es eine interne Untersuchung im

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geben, um mögliche Mängel in der Vertragsgestaltung aufzudecken?

44. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Im Hinblick auf welche konkreten Sozialstandards im Zusammenhang mit den eigenwirtschaftlichen Busverkehren sieht die Bundesregierung noch Diskussionsbedarf, um die Beschäftigten zu schützen und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen (siehe S. 19 des Berichtes des BMVI nach § 66 des Personenbeförderungsgesetzes), und wie wird die Bundesregierung die im erwähnten Bericht u. a. auf S. 5 nach § 66 des Personenbeförderungsgesetzes angesprochenen „Diskussionsbedarfe“ konkret in Klärungs- und Entscheidungsprozesse bringen?

45. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Verfügt die geplante Neubaustrecke Stuttgart–Ulm zwischen dem Landesflughafen Stuttgart und Wendlingen nach Kenntnis der Bundesregierung über ausreichende Kapazitäten, um auch bisher nicht vorgesehene S-Bahn-Verkehre aufnehmen zu können (siehe Diskussionen um den Ausbau des Schienenverkehrs zwischen Fildern/Flughafen und dem Neckartal/Wendlingen, Nürtinger Zeitung vom 19. April 2017), und welche Taktfrequenz für ein solches Angebot wäre nach Kenntnis der Bundesregierung möglich?

